

Iranisch-chinesischer Freundschaftsvertrag als "game changer" in Nahost?

Autor(en): **Matzken, Heino**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976262>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Iranisch-chinesischer Freundschaftsvertrag als «game changer» in Nahost?

Ende März unterzeichneten die Aussenminister Wang Yi und Mohammad Dschawad Sarif in der iranischen Hauptstadt einen 25-jährigen Freundschaftsvertrag. Gemäss diesem Dokument, welches die «politische, strategische und wirtschaftliche» Kooperation beider Länder regelt, wird Peking über 400 Milliarden Dollar in die marode iranische Infrastruktur und Wirtschaft investieren.

Heino Matzken

Die 83 Millionen Iraner haben es wirklich nicht leicht. Die Politik des Mullah-Regimes in den letzten Dekaden hat den Zorn des Westens und vor allem der USA auf den Plan gerufen. So leidet das ölfreiche Land unter massiven Sanktionen, welche die Wirtschaft des Landes fast in den Ruin stürzte. Doch nun keimt Hoffnung auf. Hoffnung auf ökonomische Erholung, aber auch auf Rückgewinnung des Regionalmachtstatus dank eines starken Partners. Ende März unterzeichneten die Aussenminister Wang Yi und Mohammad Dschawad Sarif in der iranischen Hauptstadt einen 25-jährigen Freundschaftsvertrag. Teheran ist zurück im Spiel und lehnt sich an den globalen US-Gegenspieler China an. Gemäss des Dokuments, welches die «politische, strategische und wirtschaftliche» Kooperation beider Länder regelt, wird Peking über 400 Milliarden Dollar in die marode iranische Infrastruktur und Wirtschaft investieren. Damit könnte sich das Mullah-Regime aus dem Würgegriff westlicher Investitionsblockaden befreien. Das Land mit riesigen Gas- und Ölreserven fördert aktuell lediglich 3 Millionen Barrel (159 Liter) täglich, könnte die Produktion aber problemlos steigern. Mit der ostasiatischen neuen Grossmacht findet es einen willkommenen Abnehmer. Bereits vor der einseitigen Kündigung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) 2018 durch Ex-Präsident Trump war das Reich der Mitte der weltweit grösste Abnehmer iranischen Öls. Eingeleitet hatte der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Teheran vor fünf Jahren die umfassende Kooperationsvereinbarung. Schon damals hatte die kommunistische Regierung zugesagt, den bilateralen Handel innerhalb von zehn Jahren auf 600

Milliarden Dollar mehr als zu verzehnfachen. China ist seit der Isolation des schiitischen «Schurkenstaates» dessen wichtigster Handelspartner und ein langjähriger Verbündeter der islamischen Republik. Die jetzige Unterschrift markiert ein deutliches Zusammenrücken der beiden wichtigen Rivalen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Investitionen in Infrastrukturprojekte

Das 18-seitige Handelsabkommen umfasst Investitionen in den Ausbau von Strassen, Bahnstrecken, Häfen und weiteren Infrastrukturprojekten, in den Tourismus und in die Erdöl- und Gasindustrie. Darüber hinaus wird sich China auch in den

«Somit sehen viele Experten den Freundschaftsvertrag als möglichen Wendepunkt nicht nur im nahöstlichen, sondern auch im globalen Machtkampf.»

iranischen Banken- und Telekommunikationssektor einbringen. Im Gegenzug erhält China Öl zum Sonderpreis. Der zweite Pfeiler der strategischen Zusammenarbeit betrifft das Militär. In diesem Bereich sind gemeinsame Ausbildungsgänge und Manöver sowie Forschung und Waffenentwicklung vorgesehen. Gleichzeitig werden beide Staaten die Erkenntnisse ihrer Geheimdienste teilen. Teheran unternahm zusätzlich erste Schritte zur Mitgliedschaft in der von China und Russland dominierten Sicherheitsorganisation «Shanghai Co-

operation Organisation» (SCO), um seine Position sicherheitspolitisch im Konflikt mit Israel zu stärken. Für das Reich der Mitte stellen der Iran und seine über 80 Millionen «Konsumenten» einen grossen Absatzmarkt dar. Bereits jetzt sind chinesische Bau- und Transportunternehmen im Iran tätig und unterhalten enge Kontakte zu den Revolutionsgarden und ihren Grossunternehmen. Auch die Nutzung von Häfen und Flughäfen für chinesische (und russische) Militärmaschinen könnte das sicherheitspolitische Gleichgewicht in der Golfregion massgeblich durcheinanderbringen. In die gleiche Richtung geht das Gerücht, China könne bis zu 5000 Soldaten in den Iran entsenden, um seine dortigen Interessen zu schützen.

Somit sehen viele Experten den Freundschaftsvertrag als möglichen Wendepunkt nicht nur im nahöstlichen, sondern auch im globalen Machtkampf. Neben den wirtschaftlichen Konsequenzen für die schiitische Schutzmacht, welche eine Finanzspritze von 400 Milliarden Dollar bewirken würde, baut China seine Position als «Global Player» weiter aus. Die Investitionen sollen mittelfristig auf der einen Seite das Megaprojekt «Seidenstrasse» vervollständigen, aber auf der anderen Seite auch die militärische Stellung des kommunistischen Regimes stärken.

Die westliche Waffe der wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber dem Erzfeind Israels und der USA wird dadurch stumpfer! Eine der Konsequenzen könnte die Intensivierung der bereits eingeschlagenen Normalisierung der Beziehungen des jüdischen Staates zu seinen arabischen Nachbarn sein. Trumps «Abraham Accords», politisch eine Sensation, geostrategisch aber logisch und unvermeidbar, waren bestenfalls der erste Schritt in diese Richtung. Jerusalem und vor allem die Golfstaaten haben erkannt, dass nur

Der neu gewählte Präsident der islamischen Republik Iran, Ebrahim Raisi. Bild: wikipedia



eine «Normalisierung» der gegenseitigen Beziehungen mittelfristig den schiitischen «Schurkenstaat» auf Distanz halten kann. Nach den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko führt auch Saudi-Arabien intensive Gespräche mit dem Judenstaat. Der starke Mann, Kronprinz Muhammad Bin Salman (MBS) ist gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich unter Zugzwang. Nach ersten Reformen soll vor allem seine «Vision 2030» die Diversifizierung der zurzeit noch auf die Erdölproduktion fokussierten Wirtschaft bringen. Eine enge Kooperation mit dem High-Tech-Land Israel ist mehr als sinnvoll, um von dem volatilen Ölpreis unabhängig zu werden. Im Zuge des iranisch-chinesischen Freundschaftsvertrages und eines sinkenden US-amerikanischen Interesses in die Golfregion wäre ein neuer starker Partner sehr willkommen.

Rückschlag für die USA

Der 25-jährige iranisch-chinesische Freundschaftsvertrag bedeutet für die USA aber auch einen herben Rückschlag im Kampf um die Führungsrolle in der Welt. Die neue Industrienation China benötigt Rohstoffe, um auch in Zukunft

das globale Produktionszentrum zu bleiben. Sichere und kostengünstige Versorgung durch den Iran mit Gas und Öl sind ein wichtiger Schritt in diese Importgarantie. Das kommunistische Regime ist, genauso wie Russland, Vertragspartner des internationalen Atomabkommens (JCPoA) von 2015. Beide kritisierten den US-Austritt aus dem Wiener Abkommen und vor allem die darauffolgenden US-Sanktionen scharf. Die neue Biden-Administration ist nun zwar bereit, erneut zu verhandeln, ob es aber zu einer Einigung und damit Einstellung beziehungsweise Reduzierung der Sanktionen kommt, bleibt abzuwarten.

Auch Europa, von welchem die Iraner sehr enttäuscht sind, gehört zu den Verlierern dieser neuen «Liebe». Trotz Einhaltung aller Vorgaben des JCPoA durch Teheran kamen auch die Europäer ihren Zusagen, die Wirtschaftsrestriktionen zu mindern, nicht nach. Unter amerikanischem Druck beendeten viele Grossunternehmen ihre Zusammenarbeit mit dem Iran und verzichteten auf diesen lukrativen Markt. Russische und chinesische Firmen werden diese Lücke nun schliessen.

Die durch chinesische Investitionen vermeintlich wachsende und gesundende

Wirtschaft würde Teheran auch mehr finanzielle Spielräume ermöglichen. Diese könnte es dann nutzen, um den Ausbau seines Einflusses über seine «Proxys» im Irak, Libanon oder Jemen noch intensiver zu verstärken. Ein Horrorszenario, welches bereits jetzt die Konflikte in der Region befeuert!

Auf der anderen Seite ist die Anbiederung an China im Land der Perser nicht unumstritten. Das Kooperationsvorhaben widerspricht der seit der Revolution 1979 eingeschlagenen Richtung, die Unabhängigkeit des Landes gegenüber westlichen ebenso wie östlichen Grossmächten zu bewahren. Darüber hinaus verfügt Peking nicht über die beste Reputation im Iran. Chinesische Billigprodukte schaden häufig der Entwicklung der einheimischen Industrie. Auch die Rolle Chinas bei der Ausbreitung und der Folgen des Coronavirus im Land am Golf hinterliess einen negativen Nachgeschmack.

Der neue Präsident der islamischen Republik Golf, Ebrahim Raisi, erhielt also von der Vorgängerregierung mit dem China-Iran-Vertrag eine Steilvorlage. Ob der als erzkonservativ geltende Politiker diesen ökonomischen Rettungsanker gegen den westlichen Imperialismus nutzt und so eine grundlegende Änderung im Nahost-Machtgefüge herbeiführt, bleibt abzuwarten. Erste aussenpolitische Auswirkungen – auch wenn offiziell nicht so bezeichnet – lassen sich bereits erkennen. Die P5+1-Staaten (UN-Sicherheitsrat Veto-Mächte und Deutschland) nahmen kürzlich die Verhandlungen über eine Lösung bei der zivilen Nutzung der Atomenergie durch den Iran (also das JCPoA) wieder auf. Auch ging die erste Auslandsreise des neuen israelischen Aussenministers der Post-Netanjahu-Ära nicht in die USA, sondern in die Vereinigten Arabischen Emirate. Das Gerangel um neue oder alte Partnerschaften in der Region und der damit verbunden geostrategischen Positionierung hat begonnen. ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
M.Sc. Ph.D
Deutscher VA in Beirut